

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Öffentliches Fernsehen zur WM

Die Fußballweltmeisterschaft 2014 (WM) wird vom 12. Juni bis zum 13. Juli in Brasilien ausgetragen. Durch die erhebliche Zeitverschiebung werden viele Spiele erst am späten Abend mitteleuropäischer Zeit angepfiffen. Um den zahlreichen fußballbegeisterten Menschen in Deutschland dennoch die Möglichkeit zu geben, Live-Übertragungen bei guter Witterung auch in Biergärten und in Bereichen von Außengastronomie zu genießen, hat die Bundesregierung am 2. April 2014 eine „Public-Viewing-Verordnung“ beschlossen. Die Verordnung orientiert sich maßgeblich an den Regelungen bei früheren Welt- und Europameisterschaften (EM) im Fußball. Wie bisher wird kein Zulassungsverfahren festgelegt. Die Beteiligten sind vielmehr gefordert, bei einem engen Nebeneinander von Veranstaltungsort und Wohnnachbarschaft sowohl das öffentliche Interesse an der Übertragung als auch den nötigen Mindestschutz der Kernzeit der Nacht zu berücksichtigen. Auf Basis dieser Abwägung sind demnach Überschreitungen der Lärmschutzanforderungen auch in den Nachtstunden nach 24 Uhr möglich.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, es im Rahmen der Bundesverordnung und in Abstimmung mit den Beiräten zu ermöglichen, dass in der Stadt Bremen während der WM 2014 durch die Zeitverschiebung zum Austragungsort erst am späten Abend beginnende Spiele in Biergärten und im Bereich der Außengastronomie live übertragen werden können.
2. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, frühzeitig zu veröffentlichen, welche konkreten Voraussetzungen seitens der Gastronomie in Bremen erfüllt werden müssen, um eine Genehmigung für Freiluft-Live-Übertragungen von Spielen der WM, die um 22 Uhr beginnen, zu erhalten. Diese Information muss auch Antrags- und Genehmigungsstellen sowie die entstehenden Kosten benennen. Die Beiräte sollten bei der Genehmigung zustimmen.

Andreas Kottisch,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen